



<https://biz.li/31vl>

FREDERMANN: "NULL TOLERANZ BEI KRIMINALITÄT"

Veröffentlicht am 19.09.2022 um 16:00 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Mit Unverständnis reagiert der CDU-

Landtagsabgeordnete Rainer Fredermann auf die Ankündigung der Grünen, die im Jahr 2020 eingerichteten vier SchwerpunktStaatsanwaltschaften zur Bekämpfung von Clankriminalität abschaffen zu wollen. "Dieser Plan zeigt nur eines: Die Grünen haben die aktuellen Gefahren, die speziell vom Phänomen der Clankriminalität ausgehen, nicht im Blick", erklärt Fredermann. "Clankriminelle schotten sich ab, schaffen sich eine eigene Rechtsordnung und missachten systematisch unseren Rechtsstaat", so Fredermann. Er ergänzt: "Wir brauchen hier in besonderem Maße ein vernetztes abgestimmtes Vorgehen aller Behörden und dafür sind Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften von besonderer Bedeutung. Denn diese sind wichtig für die Netzbildung vor Ort, um alle Formen von Clankriminalität schon im Keim ersticken zu können. 853 Strafverfahren im Jahr 2021 gegen sogenannte Clankriminelle sprechen eine deutliche Sprache", so der CDU-Politiker. "Verschließt man aus falsch verstandener Toleranz die Augen, so wie die Grünen es vorhaben, dann hat auch Niedersachsen bald 'Berliner Verhältnisse'. Dort werden ganze Stadtteile wie zum Beispiel Neukölln mittlerweile von wenige Clanfamilies beherrscht und terrorisiert", betont Rainer Fredermann. Eine Nulltoleranzpolitik und ein entschlossenes und entschlossenes Vorgehen aller Behörden gegen kriminelle Familienverbände, gleich welcher Nationalität, sei die einzig richtige Antwort, um Clankriminalität wirksam und nachhaltig zu bekämpfen. "Nicht Wegschauen und Verharmlosen, sondern Hingucken und Handeln ist das Gebot der Stunde", fordert der CDU-Politiker. "Und auch beim Thema Ersatzfreiheitsstrafe sind die Grünen auf dem Holzweg, wenn sie meinen, dass diese unnötig, kontraproduktiv, teuer und sozial ungerecht und letztlich abzuschaffen seien. Wir leben in einem Rechtsstaat und dazu gehört auch, dass sich jeder Mensch an Gesetze und richterliche Entscheidungen zu halten hat", betont Fredermann. Der notorische mittellose Schwarzfahrer, der zu einer Geldstrafe verurteilt wird und nicht zahlt, soll letztlich nach Ansicht der Grünen davonkommen und einen Freifahrtschein erhalten. Mit der Ersatzfreiheitsstrafe bleiben aber gerichtlich verhängte Geldstrafen wirksam. "Wer die Ersatzfreiheitsstrafe in Frage stellt, zweifelt im Ergebnis richterliche Entscheidungen und deren Durchsetzung an. Das ist nicht unser Verständnis von einer funktionierenden Rechtsordnung, bei der Recht und Gesetz zu beachten und notfalls auch mit Zwang durchgesetzt werden müssen", so Rainer Fredermann abschließend.